

Wien, am 24. Februar 2010

PRESSEINFORMATION

VII: Wohnen sollte nicht für populistische Meinungsmache missbraucht werden

Wien: Wenn man jemanden fragen würde, ob er dafür sei, dass Kreditzinsen nicht steigen dürfen, kann man gewiss sein, dass eine überwältigende Mehrheit dem zustimmen würde. Ähnliches fragte nun die AK, nämlich ob man die Indexierung bei Mieten aufheben soll. Dass dabei eine fast 100%ige Zustimmung kam, mag niemanden wundern. "Dafür hätte die AK aber keine Befragung durchführen müssen. Es ist schade, dass Wohnen immer wieder zu populistischen Ansagen missbraucht wird", ärgert sich Dr. Wolfgang Louzek, Präsident des Verbandes der institutionellen Immobilieninvestoren. Dass Wohnen einen Wert hat sollte unbestritten sein. Dass Eigentümer von Miethäusern, deren Wohnungen dem Richtwertzins unterliegen, kaum bis gar keinen Ertrag abwerfen ist Tatsache und resultiert daraus, dass viele Altmieten eine sehr geringe Miete bezahlen. Gerade junge Familien leiden darunter, denn ihnen steht dieser „alte“ Mietvorteil nicht zur Verfügung.

Werfen Miethäuser aber langfristig keinen Ertrag ab, gelten sie steuerlich als Liebhabereiobjekte und in solche Objekte wird wohl niemand investieren. In die dann desolaten Wohnungen wird aber auch niemand einziehen wollen.

Daher geht die Debatte am Thema vorbei. Würde in Österreich generell eine ganz normale marktgerechte Miete bezahlt werden, wie fast überall in Europa, und Altmieten langsam aber beständig an eine normale Miethöhe herangeführt werden, dann hätten auch junge Menschen eher die Chance günstige Mietwohnungen zu finden.

Nicht die Beschneidung der Mieten ist daher gefragt, sondern die Modernisierung des Mietrechtsgesetzes, dass unzählige für niemanden mehr nachvollziehbare Varianten an Mieten erfunden hat, ja selbst die Miete für Geschäftsräume mit einem Gesetz regelt. "Wir leben in einem Land das sich eine „Experten-Arbeitsplatzbeschaffung“ zum Thema gemacht hat und dadurch leider zu populistischem Missbrauch eignet", deponiert Louzek weiter.

Rückfragehinweis:

Mag. Karin Keglevich
Special Public Affairs PR-Beratung & Lobbying GmbH
Goldschmiedgasse 8/8, 1010 Wien
Tel +43 1 532 25 45 10, +43 664 3380834
Email: keglevich@spa.co.at